Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 19

Artikel: Politische Anmerkungen

Autor: Brügger, Christian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076996

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Anmerkungen

Zur Annahme, China könne durch Aufnahme in die Uno «vernünftigen Ueberlegungen zugänglich» gemacht werden:

Die Ueberlegung nimmt sich plausibel aus und ist dementsprechend häufig schriftlich und mündlich geäussert worden. Unter anderem geschah das im Zusammenhang mit der Reise des französischen Kulturministers André Malraux nach Peking. So gab die Wochenzeitschrift «Le Nouvel Observateur» am 24. August der Erwartung Ausdruck, es könnte einen angemessenen Diskussionsrahmen (zum Vietnamproblem) geben, wenn China erst seine Stellung im Sicherheitsrat wiederhergestellt sehe.

Diese Meinung ist kategorisch zurückgewiesen worden. Nein, nicht von den Amerikanern. Sondern von der chinesischen Nachrichtenagentur in einer offiziellen Stellungnahme. Nach Schilderung der französischen Vermutung wird in der Ausgabe vom 1. September ausgeführt:

«Die Agentur Hsinhua ist zur Erklärung autorisiert, dass die diesbezüglichen Aeusserungen der französischen Zeitschrift «Le Nouvel Observateur» und anderer Organe der westlichen Presse jeglicher Grundlage entbehren. Die Stellungnahme Chinas gegenüber der Uno ist jedermann bekannt . . .»

Man hätte es meinen sollen. Aber schlimmstenfalls kann man die chinesische Stellungnahme, die man westlichen Beobachtern nicht glauben wollte, auch jetzt noch zur Kenntnis nehmen. Das gilt, wie Hsinhua sehr richtig bemerkte, nicht nur für den Korrespondenten der angeführten französischen Zeitschrift, sondern auch für andere Leute, die ähnliche Gedanken hegen. Es soll im gleichen Land mindestens noch einen solchen Mann geben.

*

Zur politischen Auswertung von Naturkatastrophen:

Die italienische KP hat eine Untersuchung über den Gletschersturz in Mattmark gefordert, um die Verantwortlichen zu ermitteln. Nun, das Verlangen nach einer Abklärung besteht zu Recht, und wir wollen nicht weiter über die Frage streiten, ob wir die «Unità» zu dieser Einsicht brauchten. Als ganz persönliche Ansicht möchten wir sogar noch beifügen, dass es auch uns nicht überaus gefiel, dass Vertreter unserer Behörden das Ereignis «nicht voraussehbar» nannten, zu einem Zeitpunkt, als mit Sicherheit nur feststand, dass es nicht vorausgesehen war.

Aber die italienische KP f o r d e r t e eine Untersuchung nicht nur, sie griff ihr auch voraus. Während bei uns die Untersuchung tatsächlich anlief, wusste man dort bereits, dass die Leitung des Unternehmens und das kapitalistische System schuldig seien. Die KP Italiens schickte denn auch Vertreter zu den Ueberlebenden von Mattmark, um sie über den von ihr erkannten Sachverhalt aufzuklären. Schön, lassen wir das. Jede Organisation hat vermutlich das Recht, Katastrophenhilfe auf die Art zu betreiben, die ihr am dringlichsten scheint. Aber wir halten bei der Gelegenheit einen Unterschied zwischen den Knmmunisten und uns fest. Der Kommunist hat das Privileg, jede Katastrophe in einem westlichen Land als systembedingt zu erkennen. Ein analoges Unglück in einem kommunistischen Land ist entweder auf Naturkräfte oder auf «kapitalistische Ueberreste» oder auf Sabotage von Volksfeinden zurückzuführen.

Wir dagegen können nicht mit einer entsprechenden Vorausdeutung in Umkehrung aufwarten. Ich glaube, dass vor Mattmark eine der letzten grossen Katastrophen in Europa ein Grubenunglück in der Tschechoslowakei war. Aber ich hätte Mühe, Datum und Zahlen zu finden. Denn das Ereignis wurde bei uns nicht klassiert. Wir fanden es für unsere politische Aufgabenstellung nicht relevant.

*

Zur Popularität des Krieges:

Der Ausdruck ist scheusslich, aber er stimmt. Der Krieg kann eine sehr populäre Angelegenheit sein. Eben haben uns das die «Stimmungsberichte» aus Indien vom Kriegsausbruch gegen Pakistan gezeigt. «Ja, wenn das Volk von der Führung verhetzt wird!» Eben nicht, wenn nicht alle Beobachter lügen. Sie berichten übereinstimmend, wie die Regierung eher bremst und wie das Volk eindeutig drängt.

Natürlich hat die psychologische Situation dort ihre eigenen spezifischen Gründe. Natürlich kann man philosophisch (und übrigens schon fast ein wenig marxistisch — warum sollte das zum vornherein unstatthaft sein?) argumentieren, das Volk könne den Krieg nicht eigentlich wollen, weil er objektiv gegen sein Interesse verstösst. Aber wir dürfen uns solches Vorwegnehmen nicht zu leicht machen. Es gehört heute in unserer Gesellschaft zweifellos zum «richtigen Denken», dass Krieg, soweit es um menschliches Wollen geht, eine Angelegenheit der Politiker sei, die im Gegensatz zum Volk stehen. Das Volk, so gilt das doch bei uns, will eigentlich überhaupt nie etwas Böses, es wird ihm nur aufgedrängt. Als Demokrat glaube ich sogar, dass das auf weite Sicht und in «höheren Kategorien» stimmt, schon weil das Böse das sein muss, was der Mehrheit zum Schaden gereicht.

Doch das sind philosophische Fragen. In aktuellen Tagesfragen müssen wir uns über die potentielle (nicht zwangsläufige) Popularität des Krieges im Interesse des Friedens Rechenschaft geben. Selbst wenn man hier gegen ein kleines Tabu verstösst. Das löbliche Unterfangen hat sich ja so ziemlich eingebürgert, gegen Tabus anzukämpfen. Wenn auch vorzugsweise gegen die von vorgestern. Die Tabus von heute haben ja meistens die Eigenschaft, den Massenauflagen nicht bekömmlich zu sein.

*

Zur internen Entwicklung in den kommunistischen Staaten:

Auf Seite 4 sehen Sie, wie Mihajlo Mihajlov um sein Recht kämpft. In andern kommunistischen Staaten käme eine solche persönliche Aktion nicht in Frage. Aber trotzdem sind auch dort die Dinge in Fluss. Aber welche Dinge? Das ist ein häufig missverstandener Punkt. Liberalisierung, Demokratisierung und Entwicklung der «sozialistischen Gesetzlichkeit erwecken leicht den Eindruck, dass die Verhältnisse dort sich rasch den unsern angleichen. Und gerade das trifft — jedenfalls auf recht weite Sicht — nicht zu.

So entwickelt sich beispielsweise die kleine Freiheit nicht gegen das Einparteiensystem, sondern in seinem Innern. Nehmen wir etwa die Wahlen. Die ganze Struktur, wonach die parteikontrollierte Volksfront die Kandidaten zusammenstellt, die dann von den Versammlungen bestimmt und von den übergeordneten Stellen bestätigt werden, bleibt unverändert.

Neu daran ist aber etwas anderes. Wenn früher bei den Versammlungen jeder einzelne Teilnehmer wusste, dass er es besser zu unterlassen hatte, am vorgeschlagenen Mann etwas auszusetzen, so ändert sich das zusehends. Es kommt immer mehr vor, dass die Versammlung einen Kandidaten ablehnt, wozu sie das Recht hat, und der Volksfrontkommission, die für die Liste nach wie vor zuständig ist, einen andern empfiehlt. Erstmals in der Geschichte beginnen damit die Bürger kommunistischer Staaten am Aufbau der Gesellschaft in der Weise teilzunehmen, die ihnen eigentlich durch die sozialistische Ordnung ohnehin offensteht.

Das ist nach wie vor keine Demokratie in unserm Sinne, mit ihrem Wettstreit von Ideen, Parteien und Gruppeninteressen. Aber wenigstens fängt hier die Demokratie im kommunistischen Sinne an. Und das ist schon viel, denn bisher hatte nicht einmal diese funktioniert. Sie war immer proklamiert, aber nie verwirklicht. Jetzt beginnt sich erstmals die Chance abzuzeichnen, dass sie — immer im gegebenen Rahmen, der nach unserer Auffassung noch nicht demokratisch ist — tatsächlich spielen könnte. Und das allein ist für uns Zuschauer schon insofern ein faszinierendes Experiment, als wir doch mehr oder weniger geneigt waren, auch im «leninistischen» Sinn das Funktionieren der Demokratie als unmöglich zu betrachten. Denn bisher hatte uns das System stets Verlogenheit den eigenen Thesen gegenüber demonstriert. Wir würden jetzt die Demonstration des Gegenteils schon als grossen Fortschritt begrüssen.

Wie gesagt, ist freilich auch das immer noch keine Demokratie, wie wir sie verstehen. Das schliesst nicht aus, dass vielleicht die Entwicklung in diese Richtung führen könnte. Nur werden wir uns bis dahin noch mit vielen andern Sorgen zu beschäftigen haben.

Christian Brügger